

Positives Echo auf das Kraftpaket der Koalition

Bürger und Unternehmen entlasten, Zukunftstechnologien fördern, Coronafolgen mildern - was die Koalition beschlossen hat und was die Wirtschaft davon hält.

Ein "Kraftpaket" mit viel "Wumms" sei es geworden - Union und SPD loben sich selbst für das Konjunkturprogramm, das der Koalitionsausschuss am späten Mittwochabend nach zweitägigen Beratungen beschlossen hatte. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sprach vom "umfassendsten Konjunkturprogramm für Bürger und Wirtschaft in der Geschichte Deutschlands". Aus der Wirtschaft und von den Gewerkschaften kam nahezu einhelliges Lob: Die Beschlüsse leisteten einen Beitrag für einen raschen Ausstieg aus der Krise, sagte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer - "auch wenn mich die Zahlen schwindelig machen können". Zusammen addieren sich Corona-Überbrückungshilfen für den Mittelstand, Entlastungen für Bürger und Unternehmen und Investitionen in Zukunftsfelder auf 130 Milliarden Euro. Die wichtigsten Beschlüsse: /// Mehrwertsteuersenkung // .

Sie ist der Überraschungscoup im 15-seitigen Beschlusspapier - "die größte Steuersenkung der letzten Jahrzehnte", wie CSU-Chef Markus Söder sagte. Vom 1. Juli bis zum Jahresende wird die Mehrwertsteuer von 19 auf 16 Prozent gesenkt, der ermäßigte Satz von sieben auf fünf Prozent. Dadurch sollen die Verbraucher um rund 20 Milliarden Euro entlastet und animiert werden, das Geld in die Geschäfte zu tragen. Durch die Befristung gibt es einen starken Anreiz, in der zweiten Jahreshälfte größere Anschaffungen vorzunehmen.

Die SPD kann eine Mehrwertsteuersenkung gut mittragen, weil sie - anders als eine Einkommensteuersenkung - auch Geringverdienern zugutekommt. Die erwarteten Steuerausfälle trägt der Bund offenbar allein. Denn eine Mitwirkung der Länder ist im Papier - anders als bei anderen Maßnahmen - nicht vermerkt.

Skeptisch zeigte sich der Chef der Wirtschaftsweisen, Lars Feld: "Die temporäre Mehrwertsteuersenkung kann ihre Wirkung für die Konsumenten nur entfalten, wenn sie in den Preisen weitergegeben wird", sagte er. Und Ursache für die aktuelle Kaufzurückhaltung sei eher die Sorge um den Arbeitsplatz als das fehlende Geld.

/// Unternehmensteuern // .

Union und SPD weiten den steuerlichen Verlustrücktrag aus. Unternehmen sollen die Verluste, die ihnen derzeit in der Krise entstehen, mit Gewinnen aus den vergangenen Jahren verrechnen können. Die Maßnahme solle "unmittelbar finanzwirksam schon in der Steuererklärung 2019 nutzbar gemacht werden", heißt es im Beschluss. Das würde den Unternehmen Liquidität verschaffen, da es die Zahlungen an den Fiskus reduziert oder sogar zu Erstattungen führen kann. Die bisherige Grenze für Verlustrückträge von einer Million Euro wird für die Jahre 2020 und 2021 auf fünf Millionen Euro und bei Zusammenveranlagung auf zehn Millionen Euro angehoben.

Neben dem steuerlichen Verlustrücktrag verbessert die Bundesregierung als Investitionsanreiz auch die Abschreibungsmöglichkeiten für Firmen im Umfang von rund sechs Milliarden Euro und fördert Forschung stärker als bisher. Für den Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Gabriel Felbermayr, sind die Unternehmensteuerpläne aber eine Enttäuschung: "Die Entlastung bleibt viel zu zaghaf", sagte er. Bei Verlustrückträgen und Abschreibungen hätte das Paket größer ausfallen können. Das sieht auch Industriepräsident Dieter Kempf so: "Mit den Regeln zum Verlustabzug ist die Industrie nicht zufrieden, weil nur ein Jahr möglich ist und der Rücktrag auf fünf Millionen Euro zu stark begrenzt ist."

/// Kaufprämie für Autos // .

Die Ministerpräsidenten der Autoländer Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen hatten sie gefordert, Wirtschaftsminister Altmaier hatte ein nach Effizienzklassen gestaffeltes Modell vorgelegt - doch eine Kaufprämie, die auch Autos mit Verbrennungsmotor umfasst, wird es nicht geben. Es sei bedauerlich, dass "die Vorschläge der Automobilindustrie für einen breit angelegten und unmittelbar wirksamen Konjunkturimpuls nur zum Teil aufgenommen wurden", sagte die Präsidentin des Branchenverbands VDA, Hildegard Müller.

Doch der Widerstand in der SPD und auch in weiten Teilen der CDU war zu groß. Dafür verdoppelt die Koalition die bestehende Kaufprämie des Bundes für Elektro- oder Hybridautos befristet bis Ende 2021 von 3000 auf 6000 Euro. Sie gilt für Pkws mit einem Nettolistenpreis von bis zu 40.000 Euro. Dass sie auch für Hybridfahrzeuge gezahlt wird, sei "eine Kaufprämie für Verbrenner durch die Hintertür", kritisierte der Umweltverband BUND.

/// Strompreise // .

Mit dem Beschluss, die Umlage nach dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG) mit einem Zuschuss aus Haushaltsmitteln des Bundes zu senken, verhindert die Große Koalition einen drastischen Anstieg der Strompreise zum Jahreswechsel. Der Chef der Gewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis, lobte, dass dies mit elf Milliarden Euro der zweitgrößte Entlastungsfaktor im Konjunkturpaket nach der Senkung der Mehrwertsteuer sei. Gerade kleine und mittelständische Betriebe würden profitieren.

Laut Beschlusspapier soll die EEG-Umlage im kommenden Jahr 6,5 Cent je Kilowattstunde Strom betragen, 2021 dann 6,0 Cent. Ohne den geplanten Zuschuss würde die Umlage von derzeit 6,756 Cent zum Jahreswechsel um 25 Prozent steigen, hat das **Energiewirtschaftliche** Institut (EWI) an der Kölner Universität prognostiziert, die Umlage werde zum Jahreswechsel um 25 Prozent steigen. Die EEG-Kosten für einen Haushalt mit einem Stromverbrauch von 3 500 Kilowattstunden pro Jahr würden sich dann inklusive Mehrwertsteuer von 281,39 Euro auf rund 350 Euro erhöhen. Auch Unternehmen hätten das deutlich zu spüren bekommen. Abgesehen von gut 2000 großen Stromverbrauchern zahlen alle anderen Firmen die volle EEG-Umlage.

Die Koalition bekennt sich außerdem zu einem weiteren Ausbau der erneuerbaren **Energien**. Die Deckelung für den Ausbau der Photovoltaik werde "unmittelbar abgeschafft", heißt es in dem Papier, das Ausbauziel für die Offshore-Windkraft wird von 15 auf 20 Gigawatt (GW) im Jahr 2030 angehoben. Damit bekräftigen die Spitzen allerdings lediglich bereits bestehende Positionen und Beschlüsse. Außerdem will die Koalition "kurzfristig" die lange erwartete Wasserstoffstrategie vorlegen. Bei der für 2030 angestrebten Elektrolyseleistung zur Herstellung von Wasserstoff mittels Strom aus erneuerbaren Quellen bleiben die Koalitionsspitzen allerdings hinter den Forderungen von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) zurück.

/// Verkehrswende // .

Ihr Augenmerk legt die Regierung auf den Ausbau der Elektromobilität. So soll einmal mehr der Ausbau der Ladeinfrastruktur beschleunigt werden. Neben der Kaufprämie für E-Mobile will die Regierung mit einem Austauschprogramm den Kauf umweltfreundlicher Fahrzeuge fördern. Soziale Dienste sowie Handwerker sollen so zum Kauf von E-Autos animiert werden. Auch bei den Lkws will sich die Regierung für ein Flottenerneuerungsprogramm einsetzen, das allerdings aus EU-Mitteln finanziert werden soll und von der EU-Kommission genehmigt werden muss.

Für die Deutsche Bahn gibt es über die bereits zugesagte Eigenkapitalspritze von fünf Milliarden Euro hinaus kein zusätzliches Geld. Die Einnahmeausfälle des öffentlichen Nahverkehrs durch die stark gesunkenen Fahrgastzahlen will die Koalition mit 2,5 Milliarden Euro über die Regionalisierungsmittel kompensieren. Die Länder und die Branche hatten fünf Milliarden gefordert. "Wir gehen davon aus, dass die Länder nun sehr zeitnah eine analoge Finanzierung der anderen Hälfte aus eigenen Haushaltsmitteln in die Wege leiten", forderte der Präsident des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen, Ingo Wortmann.

/// Investitionen // .

Riesige Investitionssummen des Bundes für staatliche Investitionen, wie sie früher in schöner Regelmäßigkeit in Konjunkturpaketen auftauchten, gibt es dieses Mal nicht. Allein der Umstand, dass die Kommunen massiv entlastet werden, kann als indirekte Hilfe für Investitionen bewertet werden. So wird der Bund die Länder mit 5,9 Milliarden Euro dabei unterstützen, die Gewerbesteuer ausfälle der Kommunen auszugleichen.

Ein Grund für die Zurückhaltung ist der Umstand, dass die Investitionen in den vergangenen Jahren bereits kontinuierlich erhöht wurden und zum Teil sogar nicht mehr abfließen, weil die Bauwirtschaft an ihre Grenzen stieß, es keine baureifen Projekte mehr gab oder die Planung viel Zeit in Anspruch nahm. Die jetzt in Aussicht gestellten Investitionen vor allem im Bereich neuer Technologien und Mobilität könnten nur dann einen wirksamen Impuls auslösen, "wenn die Planungsverfahren in den kommenden Monaten auch wie geplant beschleunigt werden", mahnte DIHK-Präsident Eric Schweitzer.

/// Digitale Infrastruktur // .

Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) dürfte mit dem Ergebnis der Verhandlungen nicht zufrieden sein. Er hatte eine Wunschliste im Volumen von 28 Milliarden Euro eingebracht, die neben den Finanzhilfen für den Nahverkehr und die Bahn auch Hilfen für die Flugsicherung, die Regionalflyer und Busunternehmen umfasste. Immerhin soll er jetzt fünf Milliarden Euro für den Aufbau einer Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) erhalten. Diese soll innerhalb von fünf Jahren für einen flächendeckenden Ausbau des jüngsten Mobilfunkstandards 5G sorgen. Wie dies gelingen soll, steht in den Sternen, bis heute ist nicht einmal der flächendeckende Ausbau bei 4G (LTE) gelungen.

/// Soziales // .

Die Koalitionsspitzen haben der Versuchung widerstanden, ein Füllhorn an Sozialleistungen auszugießen. So verzichteten sie zunächst auf eine generelle Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds auf 24 Monate. Die Regierung werde aber "bereits im September im Lichte der pandemischen Lage eine verlässliche Regelung für den Bezug von Kurzarbeitergeld ab dem 1. Januar 2021 vorlegen", heißt es in dem Beschlusspapier.

Bei Beschäftigten oder Selbstständigen, die wegen der Coronakrise auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind, wird auch weiterhin nicht das Vermögen oder die Angemessenheit der Wohnung überprüft. Die bis Ende Juni befristete Regelung wollen Union und SPD bis Ende September verlängern. In einer "Sozialgarantie 2021" legen sich Union und SPD darauf fest, dass die Sozialbeiträge in diesem und im kommenden Jahr nicht über die Marke von 40 Prozent steigen werden. Sollte das Geld in der Kranken- oder Arbeitslosenversicherung nicht ausreichen, springt der Bund ein.

/// Familien //

Der Kinderbonus, ein Herzensanliegen der Sozialdemokraten, kommt. Pro Kind werden einmalig 300 Euro mit dem Kindergeld ausgezahlt. Kostenpunkt: 4,3 Milliarden Euro. Der Kinderbonus muss versteuert werden, durch eine Verrechnung mit dem Kinderfreibetrag werden Gutverdiener von ihm nicht profitieren. Nicht angerechnet wird die Zahlung allerdings auf die Grundsicherung, sodass auch Hartz-IV-Bezieher davon profitieren.

Der Bonus sei "ein starkes Signal an die in der Krise stark betroffenen Familien", lobte DGB-Chef Reiner Hoffmann. Dagegen kritisierte Katharina Spieß, Bildungs- und Familienexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), eine Förderung "nach dem Gießkannenprinzip". Es handele sich quasi um ein "verkapptes Betreuungsgeld beziehungsweise eine temporäre Kindergelderhöhung", die bei Familien mit mittleren oder oberen Einkommen zu "immensen Mitnahmeeffekten" führen werde.

/// Kommunen //

Hier konnte sich die SPD nicht durchsetzen. Der Bund wird nicht - wie von Finanzminister Scholz vorgeschlagen - Altschulden der Kommunen übernehmen. Dafür will er erwartete Steuerausfälle der Städte und Gemeinden teilweise kompensieren. So übernimmt er dauerhaft weitere 25 Prozent der Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger, insgesamt bis zu 75 Prozent der Gesamtkosten. Die Kommunen werden so um vier Milliarden Euro jährlich entlastet. Für das laufende Jahr gewähren Bund und Länder gemeinsam den Kommunen zudem einen pauschalen Ausgleich für die krisenbedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer. Zusammen mit weiteren Maßnahmen wie Unterstützung bei der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs summieren sich die Hilfen für Länder und Kommunen auf knapp 13 Milliarden Euro.

/// Soforthilfen //

Klubs, Theater oder Jugendherbergen werden wegen der Corona-Beschränkungen nicht so bald öffnen oder zum Normalbetrieb zurückkehren können, Messen oder Großveranstaltungen auf absehbare Zeit nicht stattfinden. Die Bundesregierung plant deshalb maximal 25 Milliarden Euro für Überbrückungshilfen ein, mit denen kleine und mittelgroße Unternehmen Umsatzausfälle ausgleichen und ihre Existenz sichern können. Die Hilfe werde für die Monate Juni bis August branchenübergreifend gewährt, wobei der Fokus auf den weiter stark von Corona-Einschränkungen betroffenen Unternehmen liegen soll.

/// Gesundheit //

Das Paket enthält auch Investitionen in den Gesundheitssektor, um Deutschland für künftige Pandemien zu wappnen. Mit vier Milliarden Euro sollen der öffentliche Gesundheitsdienst gestärkt, das Personal besser bezahlt und die Gesundheitsämter digital aufgerüstet und vernetzt werden, um ein Infektionsgeschehen reibungsloser verfolgen zu können. Weitere drei Milliarden Euro sollen vor allem in den Ausbau und die Modernisierung von Intensivstationen in den Krankenhäusern fließen. Fördern wollen Union und SPD zudem die inländische Produktion wichtiger Medikamente, eine "nationale Reserve" an Schutzausrüstung und die Impfstoffforschung. Für die drei Punkte werden zusammen knapp 2,8 Milliarden Euro veranschlagt.

H. Anger, D. Delhaes, M. Greive, J. Hildebrand, D. Riedel, K. Stratmann, F. Specht, G. Waschinski Kommentar Seite 16

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

130 Milliarden Euro umfasst das geplante Konjunkturpaket.

Quelle: Union und SPD

Deutschland muss möglichst schnell und gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Peter Altmaier (CDU)

Wirtschaftsminister

Anger, Heike

Delhaes, Daniel

Hildebrand, Jan

Riedel, Donata

Specht, Frank

Stratmann, Klaus

Waschinski, Gregor

Konjunkturpaket: Die wichtigsten Eckpunkte

In welche Bereiche die Milliarden des Konjunkturpakets gehen

Zusätzliche Überbrückungshilfen
für belastete Betriebe/Branchen



Sonstige Maßnahmen (Auswahl): Einmaliger Kinderbonus von 300 Euro; Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst; Ausbau des Ladenetzes für E-Autos; Höhere Prämien für Elektroautos; Bonus-Programm für Zulieferindustrie für E-Autos

HANDELSBLATT • Quelle: Bundesfinanzministerium

Handelsblatt Nr. 107 vom 05.06.2020
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weiterer Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@hnb.de.

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 107 vom 05.06.2020 Seite 008
Ressort:	Tagesthema
Serie:	Konjunkturlösungen im Check (Handelsblatt-Beilage)
Dokumentnummer:	7704D11C-474A-4D67-8441-0C204C44E730

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_7704D11C-474A-4D67-8441-0C204C44E730%7CHBPM_7704D11C-474A-4D67-8441-0

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH